

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaft begrüßt Öffnungen in Schleswig-Holstein und fordert Lockerungen für Geimpfte und die Außenwirtschaft

Christian von Boetticher: „Wir müssen unsere Landesverordnungen zügig neu justieren, um wirtschaftlich wieder vor die Welle zu kommen“

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, begrüßt die zügige Öffnung insbesondere der Schulen und des Einzelhandels in Schleswig-Holstein und unterstützt den Ministerpräsidenten in seiner Linie, die sozialen und wirtschaftlichen Schäden der Schließungsmaßnahmen zu minimieren. Dazu der Landesvorsitzende Dr. Christian von Boetticher: „Unser Ministerpräsident hat die Zeichen der Zeit erkannt. Wir brauchen jetzt dringend kontrollierte Öffnungen, entsprechend müssen wir unsere Landesverordnungen zügig neu justieren, um wirtschaftlich wieder vor die Welle zu kommen. Wir brauchen dringend eine politische Revision der Rückfallbedingungen, aus medizinischer, wohlstandstechnischer und vor allem verfassungsrechtlicher Sicht.“

Dazu rät der Landesverband:

1. Zügig weitere Öffnungsschritte insbesondere in Sektoren, die nachgewiesenermaßen bisher kaum zur Verbreitung von Infektionen beigetragen haben, aber dennoch stark unter den Schließungsmaßnahmen leiden müssen. Dazu gehören Gastronomie, Hotellerie und auch der Kulturbereich. Wir setzen auf innovative Technologie und strikte Hygienekonzepte statt auf Schließungen und Verbote. Wenn solche Konzepte genehmigt sind, dürfen lokale kurzfristige Ausreißer bei den Inzidenzwerten nicht erneut zu Schließungen führen.
2. Zuvorderst müssen unsere internationalen Industriemessen im Rahmen solcher Konzepte wieder verlässlich durchgeführt werden. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, daß zahlreiche Branchen in Schleswig-Holstein bundesweit und international ihre Produkte verkaufen können. Messen führen registrierte Besucher durch kontrollierte Räumlichkeiten. Wir erwarten vom Landesgesundheitsminister, daß er kurzfristig eine entsprechende, verlässliche Planungsgrundlage für die Durchführung unserer Messen in Schleswig-Holstein, vor allem der internationalen Leitmesse, schafft.
3. Grundsätzlich sind Beschränkungen der Grundrechte bei Personen unverhältnismäßig, die bereits geimpft sind. Sobald beispielsweise alle Bewohner eines Altersheims geimpft sind, fehlt die Legitimation für fortgesetzte Einschränkungen ihrer Grundrechte. Die Regierung in Schleswig-Holstein sollte schnell eine verfassungsgemäße Regelung finden. Spätestens wenn jeder die Gelegenheit hatte, sich impfen zu lassen, müssen alle Grundrechtsbeschränkungen aufgehoben sein.
4. Die Erholung unserer Wirtschaft wird wesentlich davon abhängen, daß internationale Wirtschaftsbeziehungen schnell wieder aufgenommen werden können. Vertriebs- und Technikmitarbeiter hiesiger Betriebe müssen möglichst bald wieder zu ihren Kunden ins Ausland reisen können. Das kommt der gesamten Wirtschaft des Landes und damit uns allen zugute. Wir empfehlen daher, Personen, die aus geschäftlichen Gründen dringend internationale Reisen durchführen müssen, in der Impfreihenfolge in die dritte

Prioritätsgruppe aufzunehmen (der beispielsweise auch Politiker angehören, die internationale Beziehungen gestalten müssen). Wir empfehlen für die Umsetzung, im Zuge der Ausweitung der Impfung auf die Hausärzte gleich die Betriebsärzte einzubeziehen, damit diese zunächst ihre außenwirtschaftlich tätigen Kräfte impfen und anschließend nach Beseitigung der Knappheit an Impfstoffen auch ihre Belegschaften durchimpfen können.

5. Trotz aller administrativen Schwächen bei der Umsetzung halten wir es für zwingend notwendig, diejenigen Unternehmen mit Überbrückungshilfen zu unterstützen, die von Schließungsmaßnahmen betroffen sind. Daneben wurden in den vergangenen Monaten aber zahlreiche weitere Subventions- und Hilfsprogramme geschaffen, deren Nutzen fraglich ist, die hohe Kosten verursachen (etwa die zeitlich begrenzte Mehrwertsteuersenkung oder auch Konsumgutscheine etc.). Wir treten dafür ein, daß diese Maßnahmen kein Dauerzustand werden, denn am Ende müssen über die erhöhten Staatsschulden die Steuerzahler dies finanzieren müssen. Vielmehr sollte es das Ziel sein, die Notwendigkeit für Hilfsprogramme durch deutliche Öffnungen zu minimieren.

Abschließend weisen wir darauf hin, daß wir der Heranziehung sogenannter Inzidenzwerte als wesentlichen Maßstab für das Infektionsgeschehen und mögliche Öffnungen sehr kritisch gegenüberstehen. Inzidenzwerte – noch dazu in vergleichsweise kleinen regionalen Einheiten gemessen – sind leicht manipulierbar und hängen beispielsweise stark ab von der Testbereitschaft und der Testverordnung, der zunehmenden Durchführung von Schnell- und Selbsttests (die nicht in die Statistik eingehen) und weiteren Faktoren, die in keinem erkennbaren Zusammenhang zu den in der Region durch ausgelöste Maßnahmen betroffenen Unternehmen und Menschen stehen. Eine erneute Verschärfung der Maßnahmen sollte zukünftig vor allem an ausreichend verfügbaren Kapazitäten von Intensivbetten festgemacht werden, denn mit den Testungen werden die Inzidenzen steigen, während mit den Impfungen der Hochrisikogruppe die schweren Verläufe und die Todesrate absehbar erheblich sinken werden. Eine schnelle Rückkehr zur Eigenverantwortung ist deshalb jetzt dringend geboten.

Kiel, den 12. März 2021

Kontakt:

Dr. Bertram Zitscher (Landesgeschäftsführer)
Wirtschaftsrat der CDU e.V., Landesverband S-H
Kleiner Kuhberg 2-6, 24103 Kiel
Tel: 04 31/67 20-75, Fax: 0431/67 20-76
E-Mail: lv-s-h@wirtschaftsrat.de
www.wirtschaftsrat.de